

Sächsisch-Völkische Volkszeitung

erschienen täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Verlagspreis: Vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf. (ohne Postgebühren). Bei
zu bedauerlichen Postausfällen 1/2. Belegpreis: Einzelnummer 10 Pf.
Wochenspenden: 1/2 - 1 Mk.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Interate werden die Sachhaltigen Beiträge über jeden Raum in
15 Pf. berechnet, bei Buchführung beiderseitiger Zahlung.
Anschreiber, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden,
Wilhelms-Strasse 43. - Fernsprecher Nr. 1 1396.

Die Torheit der Flottenagitation.

Der Flottenverein arbeitet derzeit mit allen erdenklichen Mitteln, um in den weitesten Kreisen eifrig Propaganda für eine große Vermehrung unserer Kriegsschiffe zu machen. So hatten wir diese Woche Gelegenheit, in einem ganz ländlichen Wahlkreise, der im äußersten Süden unseres Vaterlandes liegt, wahrzunehmen, wie hier durch kinematographische Vorführungen Begeisterung im Volke für die Flotte erzeugt werden soll. An der Spitze der Bewegung stehen jüngere Beamte, denen diese Untriebe in ihrer Karriere jedenfalls nicht schaden. Dabei wird aber in ganz absichtlicher Weise verheimlicht, was die Vergrößerung der Flotte kostet; man sagt dem Volke nur, daß in einer Anzahl anderer Staaten weit mehr für die Flotte geleistet werde; aber man fügt nicht bei, auf welche Weise in Deutschland die höheren Mittel auszubringen seien.

Man halten wir aber keinen Zeitpunkt für ungeeigneter, ja für törichter, als den heutigen, wenn man für die Vergrößerung der Flotte arbeiten will. Die Flotten-schwärmer suchen aus dem ostasiatischen Kriege Kapital für ihre Idee zu schlagen und doch zwingt dieser zu ganz anderen Schlüssen. Hier beobachtet man nämlich in der Kriegsführung zur See einen völligen Umschwung, der eine radikale Aenderung der gesamten Flotte herbeiführen kann; wir in Deutschland aber müssen in erster Linie aus diesem Vorgange lernen. In eigentlichen Seeschlachten kommt es vor Port Arthur gar nicht mehr; die Japaner beherrschen mit ihrer Flotte das Meer und doch sind sie ihrer Herrschaft weder froh noch sicher. Die Minen-ges-fahr ist es, die sie fürchten müssen. Gerade vor den Pfingstfeiertagen haben sie riesige Verluste an Menschen und Kapital erlitten durch die Explosion von Minen, die in einigen Sekunden fast ein Regiment von Soldaten vernichteten und Millionen zerstörten. Die beiden japanischen Kriegsschiffe, die in die Luft flogen, stellen immerhin einen Wert von 40 bis 50 Millionen dar, sie zu vernichten, hatte man nur einige Tausend Mark aufzuwenden. Nun spielt sich aber vor Port Arthur der erste größere Versuch im Minenlegen ab, und dieser ist jetzt schon — technisch beobachtet — sehr gut gelungen; eine Verbesserung dieser Mord- und Zerstörungswerkzeuge darf in ganz bestimmte Aussicht genommen werden. Welche Gefahr droht aber dann erst den schwimmenden Panzerkolossen?

So muß sich angesichts dieser Vorgänge im ostasiatischen Kriege jeder Verständige fragen: Sollen wir in Deutschland überhaupt noch Panzerschiffe bauen, wenn sie im Ernstfalle mit so geringen Kosten unschädlich gemacht werden können? Sollen wir uns überhaupt nicht begnügen mit den Unterseebooten und dann im Kriegsfall einfach den Zugang zu den deutschen Küsten durch sehr viele Minen unmöglich machen? Dieser letztere Weg ist weit billiger und jodert auch nicht die große Zahl von Menschenleben wie ein Minenschiff, das in die Luft fliegt. Jedenfalls muß der Reichstag sich diese Fragen in aller Ruhe vorlegen; aber gerade deshalb ist es im jetzigen Augenblick so töricht, eine Flottenagitation einzuleiten.

Hierzu tritt noch ein anderes! Die Gefahr der Minen ist mit dem Kriege nicht beendigt; manche derselben reifen los und treiben hinaus in die See; wenn längst voller Friede hergestellt ist, kann ein Personen-dampfer auf eine solche stoßen und mit Mann und Maus unendlich zu Grunde gehen. Es droht somit der gesamten Schifffahrt eine nicht zu unterschätzende Gefahr und es fragt sich, ob nicht internationale Schritte geziehen sollten um das Minenlegen einfach völkerrechtlich zu untersagen. Im Landkrieg sind sowohl Dynamit wie die Dum-Dum-Kugeln ausgeschloffen. Die Minen bedrohen alle Kulturstaaten, die Kriegs- und Handelsschiffe besitzen. Wir wissen wohl, daß ein internationales Verbot des Minenlegens nicht von heute auf morgen erzielt werden kann. Doch haben die verantwortlichen Faktoren im Reiche die Verpflichtung, einmal Versuche in dieser Richtung zu machen. Aus diesen wenigen Punkten ergibt sich, daß jeder Staat gegenwärtig Erfahrungen sammeln müsse, bevor er zu Millionenausgaben für die Flotte schreitet. Eine Flottenagitation ist daher in der Gegenwart eine Torheit. Wer diese betreibt, befindet nur, daß er sehr wenig von der Sache versteht und es gar, an're Motive sind, die ihn veranlassen, für die Vermehrung der Kriegsschiffe einzutreten!

Politische Rundschau.

Deutschland.
— Zur 51. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Regensburg. Die Vorarbeiten für die 51. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Regensburg sind soweit gefördert, daß das Lokalkomitee nunmehr an die Festsetzung des Programms der Generalversammlung gehen kann. In ihrer letzten Sitzung hat sich die Vorstandschaft bereits mit dieser Angelegenheit befaßt und Tag und Stunde der einzelnen offiziellen Veranstaltungen bestimmt. In einer der nächsten Sitzungen soll über die Nebenveranstaltungen der einzelnen Vereine und Verbände beraten und hinsichtlich ihrer Einreichung in das Programm, der Zeit- und Lokalanweisungen Beschluß gefaßt werden. Es ist daher dringend notwendig, daß diejenigen Verbände, die während der 51. Generalversammlung in Regensburg tagen und im Programm Erwähnung finden wollen, sich aber noch nicht angemeldet haben, ehe-sens ihre Anmeldung beim Vorsitzenden des Lokalkomitees

betätigen und ihre Wünsche bezüglich Ort und Zeit ihrer Veranstaltung zur Kenntnis bringen. Das Lokalkomitee hat sich aller verfügbaren Lokale für die Tage der Generalversammlung verschert. Der Rednerkommission wird ihre Aufgabe bedeutend erleichtert, wenn auch die Anträge, welche zur Generalversammlung gestellt werden sollen, möglichst bald eingereicht werden. Wir machen aber wiederholt darauf aufmerksam, daß jeder Antragsteller gehalten ist, seinen Antrag bei der Generalversammlung selbst zu vertreten oder durch eine beauftragte geeignete Person vertreten zu lassen. Anträge, für deren Behandlung diese Garantie nicht geboten wird, bleiben unberücksichtigt. Da ein sehr starker Fremdenzufluß für die Tage der Generalversammlung zu erwarten steht, liegt es im eigenen Interesse derjenigen, welche an der Generalversammlung teilnehmen und in Regensburg übernachten wollen, sich sobald als möglich beim Vorsitzenden der Wohnungskommission, Fabrikbesitzer Franz K. Müller genau nach Namen, Stand und Wohnort anzumelden und ihre Spezialwünsche geltend zu machen. Die Anmeldung zur Mitgliedschaft oder zur Teilnahme an der Generalversammlung kann bei dem Vorsitzenden der Anmelde- und Finanzkommission, Verlagsbuchhändler Heinrich Pawelck bewirkt werden.

— Die österreichischen Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn begannen am Montag, den 30. d., in Berlin. Die „Reichspost“ schreibt hierzu in sehr pessimistischer Stimmung folgendermaßen: Man darf sich für dieselben auf die größten Schwierigkeiten und manche Enttäuschung gefaßt machen. Die Delegierten der Monarchie verbot sich nur vom dem einen Umstand einen Vorteil, daß Deutschland weder mit Rußland noch mit England noch mit der Schweiz über den Handelsvertrag auf Grund des neuen Zolltarifes ins Reine gekommen und namentlich von Seite Englands den allergrößten Widerstand zu gewärtigen hat. Deshalb glaubt man, daß die deutsche Reichsregierung darauf Wert legen wird, mit Oesterreich-Ungarn ein friedliches handelspolitisches Auskommen zu ermitteln. — Der Zolltarif Oesterreich-Ungarns, der den Delegierten der Monarchie als Grundlage für ihre Gegenanforderungen dient, ist bekanntlich parlamentarisch noch nicht erledigt, ein Umstand, der namentlich für unsere Landwirtschaft, die an diesem Tarife viel auszusetzen hat, die Ansichten der Verhandlungen erheblich verkompliziert.

— Eine neue Maß- und Gewichtsordnung ist dem Bundesrat vorgegangen; wenn man in manchen Kreisen des Volkes befürchtet hat, daß diese eine radikale Aenderung bringen werde, so ist dies nicht zutreffend; aber es sind immerhin bemerkenswerte Änderungen vorgeschlagen. Der Ausdruck „Doppelzentner“, der bisher nicht zu den gebräuchlichen, soll nun unter diese aufgenommen werden, was allerdings nur eine geistliche Anerkennung des bestehenden Zustandes ist. Unsere gesamte Handelsstatistik beruht seit Jahren auf dem Doppelzentner. Obstwein (in Süddeutschland Most genannt) und Bier darf bei solchen Verkäufen dem Käufer nur in solchen Fässern überwiesen werden, die amtlich geachtet sind; seither galt dies nur für die Meinfässer. Der Entwurf enthält auch die veränderte Nachzeichnung, die nach einem, zwei oder drei Jahren stattzufinden hat. Das gesamte Maßwesen soll den Gemeinden abgenommen werden und an den Staat übergeben. Die Nichtbeamten sollen Staatsbeamte werden. Die Nichtgebühren-tare soll demgemäß auch nicht mehr von den Gemeinden aufgestellt werden, sondern von dem Bundesrate. Der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Entwurfs ist noch nicht bestimmt, er soll auch im Geiste selbst dem Bundesrate überlassen bleiben, damit die Änderungen nicht in über-hätiger Weise vor sich gehen müssen.

— Gegen den Terminhandel in Baumwolle sprach sich der erste internationale Kongreß der Baumwoll-industriellen, der diese Woche in Zürich tagte, sehr entschieden aus; die Vertreter aller Nationen führten Klage darüber, wie der Terminhandel sie schädige. Das Verbot desselben sei allerdings ein Wunsch, auf dessen Erfüllung man noch nicht rechnen dürfe. Warum denn nicht? In Deutschland arbeitet man eben an einer Vorkonferenz und da könnte man gut in dieser Richtung vorgehen; die anderen Staaten würden folgen, sobald einer den Anfang gemacht hat. Was aber immerhin von Interesse ist, sind die Klagen der Industriellen über die Nachteile des Terminhandels; was für Baumwolle gesagt ist, trifft ebenso für das Getreide zu und es ist deshalb umso unbegreiflicher, wie hier der Bundesrat eine Wiederzulassung des Terminhandels gestatten will. Die Klagen der Industriellen sind berechtigt; die Klagen unserer Landwirte aber auch. Wir hoffen in Folge der Vorkommission auf dem Züricher Kongreß, daß der Reichstag jede Durchlöcherung des Verbotes des Terminhandels in Getreide ablehnen wird und dazu übergeht, dieses Verbot auf die Baumwolle auszuweiten, wie es im Interesse der Textilindustrie, der Textilarbeiter gelegen ist. Die Sozialdemokratie mag denn auch hier wieder für die Bucherfreiheit eintreten; es paßt dies ganz in ihr System!

— Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat in Danzig eine Kolonialausstellung ins Leben gerufen. Sie wurde am 29. d. M. durch den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg eröffnet.

— Die Zentralkasse für das evangelische Deutschland ist nunmehr endgültig gebildet worden. Freitag nachmittag tagte zu diesem Zwecke im Evangelischen Vereins-hause in der Oranienstraße 106 zu Berlin eine geschlossene Ver-sammlung, in der man u. a. den Vorsitzenden der landes-

kirchlichen Gruppe der Positiven Union, Grafen v. Hohenthal Döllau bemerkte. Auch der Vorsitzende des Berliner Stadt-ausschusses für innere Mission, Senatspräsident Dr. v. Strauß und Torney war erschienen. Im übrigen waren Vertreter aus fast allen Gegenden Deutschlands anwesend. Die Satzungen wurden mit einigen Zusätzen genehmigt. In einer längeren Debatte wurde die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der synodalen Elemente anerkannt. Zum geschäftsführenden Vorsitzenden wurde gewählt Pfarrer Ligeniat Weber (W.-Bladbach).

— Der Kampf der Hamburger Kohlenarbeiter gegen die Spar- und Unterstützungs-kassen der Kohlenimporteure, die nach dem Ausstand der Hafenarbeiter in den Jahren 1896 und 1897 ins Leben gerufen wurden, um den Arbeitern in Notfällen Unterstützungen zu gewähren und die Arbeitgeber gegen den Kontraktbruch der Arbeiter zu schützen, ist jetzt in das Stadium eines Ausstandes eingetreten. Die Arbeitgeber hatten den Kohlenarbeitern anheimgestellt, die erfolgten Kündigungen bis zum 10. Mai zurückzunehmen. Da dies nicht geschehen ist, ist das Arbeitsverhältnis am 28. d. M. abgelaufen. Die Arbeiter haben sich ihre Ver-träge aus den Spar- und Unterstützungs-kassen bereis aus-zahlen lassen. Nur verhältnismäßig wenig Arbeiter sind in ihrem Arbeitsverhältnis geblieben.

Die Delegierten des Bayerischen Landesverbandes des Deutschen Flottenvereins hielten am 29. Mai unter dem Ehrenvorsitz des Prinzen Rupprecht eine Sitzung ab. Die Verhandlungen leitete Hr. v. Würzburg. Universitätsprofessor Hr. v. Steugel führte in einer Rede aus, daß Deutschland eine Weltgroßmacht sei und daher eine starke Flotte brauche. Prinz Rupprecht bezeichnete als Hauptaufgabe des Vereins, die Bedeutung der Flotte für die Entwicklung des gesamten Volkes und der einzelnen Stämme und Staaten den weitesten Kreisen klarzulegen. Wie die Flotte weiter ausgebaut werden solle, müsse man den berufenen Stellen überlassen, denen man vertrauen könne. Die Achtung gebietende Stellung der Flotte ermög-liche die friedliche Weiterentwicklung der überseeischen Ver-hältnisse. Der Delegiertentag sprach im weiteren seine Billigung aus zu der Haltung des Präsidiums des Deut-schen Flottenvereins gegenüber der Gruppe Berlin-Brandenburg in der Angelegenheit der Sammlungen für Deutsch-Südwestafrika. Mit Genugtuung muß es begrüßt werden, daß Prinz Rupprecht zur ersten Zeit die Agitation des Flottenvereins in die rechten Grenzen zurückföhrte. Es mag wohl arg verdammt haben, allein es bewährte die maßlose Sprache, womit präzis Forderungen gestellt wurden, schon im Ansehen des Reiches einen Dämpfer.

Oesterreich-Ungarn.

Die plötzlichen enormen Ausgaben für Secres-anstaltungen scheint die Monarchie zum großen Teile der Verlassenheit des letzten Kriegsministers Baron Krieghammer zu danken zu haben. Am immer häufiger habe zu haben und seine durch keinerlei besondere Tüchtigkeit bewährte Stellung leichter halten zu können, hat Krieghammer seinen Stolz in dem Rufe ge-funden, ein „billiger Minister“ zu sein. Er veräuerte, um nicht Unbewusstheit zu haben, zu rechter Zeit Secres-an-schaffungen zu verlangen, die dringend notwendig gewesen wären, um die Verteidigungsfähigkeit der Monarchie nicht inferior werden zu lassen. So könnte sich, der Mute des Kriegsministers zu Liebe, ein Verläumdung um das andere, und wenn es einmal beim Tode hereinträfe, dann sind be-sonders die Sanierungsarbeiten schon sehr schwere. So leide die Monarchie jetzt daran, daß die Aera Krieghammer zu lange gedauert hat, die Aera eines Mannes, der so vieles andere auf dem Hofe hatte, daß es längst Zeit gewesen wäre, seiner Lätigkeit ein Ende zu bereiten. Von den vier-hundert Millionen der außerordentlichen Secrescredite hatten zwei Drittel das Teufel aus seinem Erbe vor.

Die Ausführungen des Finanzministers im Delegations-Pudetsausdruck scheinen die Junghochden zum Nachdenken zu veranlassen, wobei ihre Ebnirung führt; denn die Aufnahme schwebender Schulden muß das Ueberbleibsel des Absolutismus zerstören. Die Regierung wird durch die Ebnirung niemals in eine rechte Finanz-lage versetzt; der Absolutismus und § 11 hilft immer aus. Das Ansehen dieser Erkenntnis beim Tischen deutet wenigstens die Ausführungen eines tüchtigen Ab-geordneten an, der mit Bezug auf die Erklärung des Finanzministers in der Prämier „Marasla Crlice“ schreibt: „Es ist dies der Schwächung der Regierung gegen die tschechische Ebnirung, der damit ganz augen-fällig das Genie gebrochen wird. Wir werden jetzt, so will es mir scheinen, beginnen müssen, ein modernes politisches Leben, das derartige Verbrechen unmöglich machen würde, ganz von Grund aus aufzubauen mit einer anderen Taktik und fiderlich auch in vielfacher Beziehung mit einem anderen Programm.“ — Es wäre Zeit, daß diese Einsicht durchdringt. Dann wird freilich bei den Jung-tüchtigen mehr Aufrichtigkeit notwendig sein. Abg. Dr. Kramar hatte am Freitag im Plenum der Delegation als Voraussetzung für die nationale Verständigung Bedin-gungen aufgestellt, die längst auf deutscher Seite vorhanden sind. Er wird eben nicht die Unaufrichtigkeit haben dürfen, die alldeutsche, von allen besonnenen Deutschen abgelehnte Politik als die Politik der Deutschen hinstellen.

— Zur Feier des 25jährigen Jubiläums der öster-reichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz wurde in Wien am Sonntag im Stefansdom ein Festspottessen abgehalten, welchem der Kaiser, die Mitglieder des Kaiserlichen Hofes,

einem Bild auf Kugeln mathematisches Stoffum, über welches sich ein Strom des roten Scheines ergießt.
Doch Kugeln odht gar nicht darauf.
Rumpstoch
über die Dieren. Bergensens. Das fidele gub mit
Sie macht Sicht. In tiefem Schimmer ruht neben
der Gatte. Ein Rumpstocher überhört kein mün-
Stoß nicht verloren.
Stoßelate von German Dierfeld.
189
Erf nachdem sich längst die Tür hinter ihr geschlossen
habe, lauchte er nachsichtlich die Feder ein.
Mit Tage später dünne die Sandkain Senfner zum